

Gewerkschaft younion- LG OÖ stellt sich gegen Ausdünnung des Personals

2018-11-22 09:22

Sparen in Gemeinden darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden

Den zuletzt kolportierten Plänen des Landes Oberösterreich, das Verwaltungspersonal in den Gemeinden ausdünnen zu wollen, erteilt die Gewerkschaft younion eine deutliche Absage. „Es kann nicht sein, dass einerseits die Aufgaben für die Gemeindebediensteten von Jahr zu Jahr mehr und komplexer werden und andererseits das Personal reduziert werden soll“, kritisiert der younion-Landesvorsitzende Christian Jedinger.

Für Jedinger ist auch die Ungleichbehandlung von Härteausgleichs-Gemeinden und „sonstigen“ Gemeinden erstens ungerecht und zweitens rechtswidrig: „Es ist ganz klar, dass es für gleiche Arbeit gleiches Geld geben muss. Alles andere würde bedeuten, auf dem Rücken der Beschäftigten zu sparen und auch gegen geltendes Dienstrecht zu verstoßen.“

Jedinger: „Werden das genau im Auge behalten“

Obwohl es durch jüngste Meldungen den Anschein hat, dass Landesrat Hiegelsberger in seinen Plänen etwas zurückgerudert ist, haben in der Gewerkschaft younion die Alarmglocken geschallt. „Wir werden das ganz genau im Auge behalten. Die Beschäftigten können sich ganz sicher sein, dass wir in Verhandlungen oder gegebenenfalls auch auf dem Rechtsweg für sie da sein und ihre Rechte verteidigen werden“, stellt Jedinger klar.

Und der younion-Landesvorsitzende gibt den Verantwortlichen im Land Oberösterreich auch noch einen gut gemeinten Tipp mit auf den Weg: Statt künftig, wie andiskutiert, willkürliche Einstufungen von KollegInnen vorzunehmen, noch dazu auf eine Funktionsperiode des Gemeinderats beschränkt, wäre es deutlich klüger, endlich die Forderungen der Gewerkschaft nach höheren Einstiegsgehältern zu hören und umzusetzen. „Damit könnten auch in Zukunft hervorragende MitarbeiterInnen für den Gemeindedienst gewonnen werden.“